

ULTRANET ABSCHNITT B1

Höchstspannungsleitung

Osterath – Philippsburg; Gleichstrom

Vorhaben gemäß Nr.2 der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPlG
(„Ultranet“)

Hochspannungs-Gleichstrom- Übertragungstechnik
(HGÜ)

Hier:

Plan und Unterlagen nach § 21 NABEG zum
Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt B1 „Punkt
Wallstadt – Konverter Philippsburg“

Register 19: Landwirtschaftliche Belange

27.04.2022 / Version 2.0

INHALT

1.0	VERANLASSUNG	3
2.0	LANDWIRTSCHAFTLICHE BELANGE	3
2.1	Bilanzierung be- und entlasteter Flächen	3
2.1.1	Rückbau	4
2.1.2	Neubau	5
2.2	Schutzstreifen	5
2.3	Unterirdische Verlegung von tk-Kupferleitungen	6
2.4	Arbeitsflächen	6
2.5	Ausgleichsmaßnahmen	6

TABELLEN

Tabelle 1: Flächenangaben zum Rückbau auf landwirtschaftlichen Flächen	4
Tabelle 2: Dauerhafte Flächeninanspruchnahmen auf landwirtschaftlichen Flächen durch die Errichtung von Masten	5

1.0 VERANLASSUNG

Das Vorhaben sowie die erforderlichen Folgemaßnahmen verlaufen auf einer Länge von rund 42 km vor allem im Bereich landwirtschaftlicher Flächen und Wald. Durch die Errichtung des Vorhabens und der Folgemaßnahmen kommt es infolge temporärer und dauerhafter Flächeninanspruchnahmen zu Auswirkungen auf landwirtschaftliche Nutzungen. Die Auswirkungen des Vorhabens und der Folgemaßnahmen auf die landwirtschaftliche Nutzung werden im Folgenden dargestellt. Dabei sind vor allem die dauerhaften (Maststandorte, Schutzstreifen) und temporären (Arbeitsflächen, Zuwegungen) Flächeninanspruchnahmen relevant. Durch den Rückbau von bestehenden Masten erfolgt eine Entlastung von Flächen, die zukünftig wieder der landwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung stehen.

Im Folgenden werden die Maststandorte betrachtet, die nach der Nutzungskarte (basierend auf der Biotoptypenkartierung) auf Ackerflächen sowie Extensiv- und Intensivgrünflächen liegen oder die im amtlichen Kataster als Landwirtschaftsfläche ausgewiesen sind. Dabei werden Maststandorte, die im Kataster als landwirtschaftliche Nutzung eingetragen sind, aber nach der Nutzungskarte anders genutzt werden, nicht berücksichtigt. Dies ist am Wildgehege beim UW Rheinau und einer Obstwiese der Fall.

Konkrete Angaben zu einzelnen Flächeninanspruchnahmen durch das Vorhaben und die erforderlichen Folgemaßnahmen werden im Rechtserwerbsverzeichnis (Register 8.2.1) und Rechtserwerbsverzeichnis Kompensationsmaßnahmen (Register 8.2.2) gemacht. Eine detaillierte Beschreibung zur Durchführung des Vorhabens und der Folgemaßnahmen ist im Erläuterungsbericht (Register 1) enthalten.

2.0 LANDWIRTSCHAFTLICHE BELANGE

Zwischen Punkt Wallstadt und dem UW Neurott werden im Rahmen der Baumaßnahmen zur Herstellung des Vorhabens und der erforderlichen Folgemaßnahmen vorhandene Freileitungsmaste zurückgebaut und neue Freileitungsmaste errichtet. Dies erfolgt teilweise standortgleich oder aber an neuen Maststandorten. Es kommt durch das Vorhaben und die Folgemaßnahmen zu erstmaligen Flächeninanspruchnahmen und zu Änderungen oder Verschiebungen von Flächeninanspruchnahmen. Es werden durch den Rückbau von Freileitungsmasten auch bisherige Flächeninanspruchnahmen entfallen. Im Folgenden wird grundsätzlich zwischen Rückbau und Neubau von Freileitungsmasten unterschieden. Diese Eingriffe werden den Entlastungen gegenübergestellt. Ergänzend dazu werden während der Bauzeit landwirtschaftlich genutzte Flächen temporär durch Arbeitsflächen, Provisorien und Zuwegungen in Anspruch genommen.

Für die Realisierung des Vorhabens und der Folgemaßnahmen ist die Umsetzung von Maßnahmen zum Ausgleich der Eingriffe in Natur und Landschaft und als vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) erforderlich. Diese werden teilweise auf landwirtschaftlich genutzten Flächen realisiert. Details der naturschutzfachlichen Maßnahmenplanung sind im Landschaftpflegerischen Begleitplan (LBP, Register 11) enthalten.

2.1 BILANZIERUNG BE- UND ENTLASTETER FLÄCHEN

Für das Vorhaben und die Folgemaßnahmen sollen Freileitungsmaste auf landwirtschaftlich genutzten Flächen errichtet werden. Durch die Flächeninanspruchnahme der Masten werden diese der Nutzung entzogen. Zudem wird eine Umfahrung der Masten bei der Bewirtschaftung der Flächen erforderlich. Dies gilt unabhängig davon, ob die Masten an der Flurstücksgrenze

oder zentraler auf einem Flurstück errichtet werden. Weitere Einschränkungen bei der Bewirtschaftung ergeben sich nicht.

Für die Ermittlung der folgenden Flächenangaben wurde das Mastaustrittsmaß der Eckstiele an der Geländeoberkante (BE-Maß) und der Radius der Fundamentköpfe herangezogen. Die damit ermittelte Flächeninanspruchnahme gibt das Quadrat um die Außenkanten der Fundamentköpfe wieder (F-Maß). Die Angaben sind nicht als versiegelte Fläche zu verstehen, sondern geben die Fläche an, die auf Grund der Abmessungen der Maste inkl. der oberirdischen Teile der Fundamente der landwirtschaftlichen Nutzung dauerhaft entzogen oder auch – im Falle des Rückbaus von Masten - wieder zur Verfügung gestellt werden. Unterirdische Fundamentteile wie beispielsweise bei Plattenfundamenten halten einen Mindestabstand von 1,0 m zur Geländeoberkante ein, so dass eine Bewirtschaftung uneingeschränkt möglich ist.

2.1.1 RÜCKBAU

Im Falle des Rückbaus von Masten auf landwirtschaftlichen Flächen können, sofern kein standortgleicher Ersatzneubau stattfindet, die Flächen wieder landwirtschaftlich genutzt werden. Hierzu werden die Rückbaufundamente bis 1,2 m unter Geländeoberkante (GOK) zurückgebaut, so dass eine Bewirtschaftung mit Maschinen problemlos möglich ist. Bei standortgleichem Ersatzneubau werden die zukünftigen Flächeninanspruchnahmen teilweise größer, da die neu zu errichtenden Masten ein größeres Mastgeviert haben.

In Tabelle 1 werden die Flächenangaben zu den landwirtschaftlich genutzten Flächen aufgeführt, die durch den Rückbau von 81 Masten zukünftig entlastet werden. In Summe werden durch den Rückbau von Freileitungsmasten landwirtschaftliche Flächen auf rund 3.205 m² dauerhaft entlastet.

ANLAGE	VORHABEN/FOLGEMASSNAHME	RÜCKBAUFLÄCHE (AUFGERUNDET) IN M ²
1190	Vorhaben	199
5220	Vorhaben	2.492
2327	Folgemaßnahme 1	48
7600	Folgemaßnahme 2	81
5250	Folgemaßnahme 4	213
1190	Folgemaßnahme 5	12
2327	Folgemaßnahme 6	45
1190	Folgemaßnahme 9	98
BL 532	Folgemaßnahme 13	17
Summe		3.205

Tabelle 1: Flächenangaben zum Rückbau auf landwirtschaftlichen Flächen

2.1.2 NEUBAU

Durch die Errichtung von 84 neuen Freileitungsmasten werden landwirtschaftlich genutzte Flächen dauerhaft in Anspruch genommen. Die Flächeninanspruchnahmen sind in Tabelle 2 aufgeführt.

Durch das Vorhaben und die Folgemaßnahmen werden zukünftig rund 6.362 m² landwirtschaftlich genutzte Flächen dauerhaft in Anspruch genommen. Es kommt gegenüber der Bestandssituation zu einer zusätzlichen dauerhaften Inanspruchnahme landwirtschaftlich genutzter Flächen von rund 3.157 m². Die Erhöhung der Flächeninanspruchnahme resultiert im Wesentlichen daraus, dass die neuen Masten aufgrund der höheren Spannungsebene größer bemessen sind als die zurückzubauenden Freileitungsmaste und statisch nach dem aktuellen Stand der Technik und der geltenden Regelwerke ausgelegt werden. Als weiterer Grund für eine Erhöhung der Flächeninanspruchnahmen ist anzuführen, dass teilweise Masten mit Schwellenfundamenten zurückgebaut werden, die keine obirdischen Fundamentteile haben.

ANLAGE	VORHABEN/FOLGEMASSNAHME	FLÄCHENINAN- SPRUCHNAHME (AUFGERUNDET) IN M ²
7601	Vorhaben	1.808
7220	Vorhaben	3.276
2327	Folgemaßnahme 1	158
7600	Folgemaßnahme 2	181
1190	Folgemaßnahme 5	288
2327	Folgemaßnahme 6	86
7601	Folgemaßnahme 9	370
7100	Folgemaßnahme 11	105
BL 532	Folgemaßnahme 13	32
7220	Folgemaßnahme 14	58
Summe		6.362
Abzug Rückbau		3.205
zusätzlich		3.157

Tabelle 2: Dauerhafte Flächeninanspruchnahmen auf landwirtschaftlichen Flächen durch die Errichtung von Masten

2.2 SCHUTZSTREIFEN

Die Stromkreise überspannen zwischen den Freileitungsmasten und im Bereich der Traversen der Freileitungsmaste landwirtschaftlich genutzte Flächen. Hierzu sind die entsprechenden Schutzstreifen dinglich zu sichern. Die dinglich zu sichernden Flächen sind im Rechtserwerbsverzeichnis flurstückskonkret dargestellt (Register 8.2.1). Innerhalb der Schutzstreifen ist eine Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen auf Grund der Überspannungshöhe uneingeschränkt möglich. Hinsichtlich der Nutzung landwirtschaftlicher

Flächen und des sicheren Betriebs landwirtschaftlicher Maschinen kann festgehalten werden, dass diese aufgrund des gemäß DIN VDE 2010 vorgesehenen minimalen Bodenabstandes der Leiterseile von 7,8 m über Erdoberkante ohne wesentliche Einschränkungen gewährleistet ist.

2.3 UNTERIRDISCHE VERLEGUNG VON TK-KUPFERLEITUNGEN

Zwischen den Masten 7600/015A und 7600/014 (Folgemaßnahme 3) sowie zwischen den Masten 7220/015A und 1190/001 (Folgemaßnahme 8) ist die Erneuerung des mitgeführten Kupfer-Erdseilluftkabels erforderlich. Da Kupfer-Erdseilluftkabel nicht mehr hergestellt werden, bedarf es einer Erdverlegung der mitgeführten Datenleitungen zwischen den genannten Masten. Diese dienen nicht der Übertragung von Elektrizität. Daher geht von den Leitungen keine Wärmeentwicklung aus. Die Leitungsführung verläuft, soweit erforderlich, von den jeweils abgehenden bzw. ankommenden Masten im Bereich landwirtschaftlicher Flächen und werden wo möglich parallel zu Wegen verlegt. Die neuen Tk-Kupferkabel werden in Leerrohren in einer Tiefe von 0,8 bis 1,0 m verlegt, so dass eine Bewirtschaftung uneingeschränkt möglich ist. Nähere Erläuterung zur Verlegung der Kupferkabel erfolgt im Erläuterungsbericht (Register 1, Kapitel 7.2.3 und 7.2.8).

2.4 ARBEITSFLÄCHEN

Die temporären Inanspruchnahmen und die Durchführung der Baumaßnahmen sind im Erläuterungsbericht (Register 1) und im Rechtserwerbsverzeichnis (Register 8.2) detailliert beschrieben und dargestellt. Insbesondere werden innerhalb der Arbeitsflächen die Mastfundamente hergestellt und der Mast gestockt sowie der Seilzug durchgeführt. Hierzu werden auf den Flächen Baumaschinen wie beispielsweise Kräne, Bagger, Bohrgeräte und Seilwinden eingesetzt.

Nach Abschluss der Bauarbeiten werden die temporär in Anspruch genommenen Flächen wiederhergestellt, so dass diese wieder uneingeschränkt der landwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung stehen. Es kommt zu keinen dauerhaften Beeinträchtigungen.

2.5 AUSGLEICHSMAßNAHMEN

Für die Errichtung des Vorhabens und der Folgemaßnahmen sind temporäre und dauerhafte naturschutzfachliche Maßnahmen, u.a. vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) umzusetzen. Diese liegen teilweise im Bereich landwirtschaftlicher Flächen. Bei diesen Maßnahmen handelt es sich um eine Anpassung der Bewirtschaftung an die Anforderungen an den Lebensraum von Feldhamstern und für die Feldlerche.

Die Ausgleichsmaßnahmen sind im Rechtserwerbsverzeichnis Kompensationsmaßnahmen in Register 8.2.2 flurstückskonkret dargestellt. Die Herleitung und die inhaltlichen Anforderungen an die Maßnahmen, sowie die konkreten Umsetzungsanforderungen, die Durchführung und die Dauer der einzelnen naturschutzfachlichen Maßnahmen sind im Landschaftspflegerischen Begleitplan (Register 11) dargestellt. Durch die Belegung der Flächen mit Ausgleichsmaßnahmen sind Teile landwirtschaftlicher Flächen mit Einschränkungen durch eine angepassten Bewirtschaftung verbunden (Feldhamster bzw. Buntbrachen oder Getreide-/Kleeanbau für Feldlerchen). Der landwirtschaftliche Ertrag wird durch die Maßnahmenflächen entsprechend gemindert. Im Übrigen stehen die Flächen mit den in Register 11 und 8.2.2 dargestellten Einschränkungen der landwirtschaftlichen Nutzung aber weiterhin zur Verfügung.

Auf einer Fläche von 32.257 m² landwirtschaftlicher Fläche werden auf 18.371 m² dauerhaft Lerchenmaßnahmen realisiert. Dies erfolgt auf Flurstücken der Gemarkungen Mannheim, Heidelberg und Oftersheim. Spezielle auf den Feldhamster ausgerichtete Bewirtschaftungen

sind temporär auf 81.875 m² landwirtschaftlicher Fläche auf der Gemarkung Mannheim vorgesehen, da diese als Ersatzlebensraum für den Feldhamster während der Inanspruchnahme durch die Arbeitsflächen dienen. Sobald nach Abschluss der Bauarbeiten keine Beeinträchtigungen mehr vorliegen, ist eine Fortführung der Maßnahmen nicht mehr erforderlich.

Die Flächen, auf denen dauerhafte Maßnahmen durchgeführt werden, sind von der Vorhabenträgerin in der Regel dinglich zu sichern. Befinden sich diese Flächen im Eigentum der öffentlichen Hand, kann auch eine vertragliche Sicherung genügen. Die Durchführung der Maßnahmen, sofern eine Maßnahmenpflege notwendig ist, sollen vorrangig durch einen Pflegevertrag mit dem Eigentümer oder Pächter sicher gestellt werden.

Aufgrund benötigter CEF-Maßnahmen werden Flächen auch temporär in Anspruch genommen. Die Sicherung erfolgt frühzeitig, da es sich um vorgezogene Maßnahmen handelt. Diese bedürfen aufgrund ihrer zeitlich beschränkten Inanspruchnahme keiner grundbuchrechtlichen Sicherung durch die Eintragung einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit. Es werden vorrangig einvernehmliche Gestattungsverträge mit den betroffenen Eigentümern angestrebt. Die Durchführung der Maßnahmen und sofern eine Maßnahmenpflege notwendig ist, sollen vorrangig durch einen Pflegevertrag mit dem Eigentümer oder Pächter sicher gestellt werden.